



Demokratie in der Corona-Pandemie

Ergebnisse der Thüringen-Monitore 2020 und 2021

Volker Brandy, Jörg Hebenstreit, Anne Küppers, Marion Reiser

Einleitung

Das Corona-Virus und die von der Politik veranlassten Maßnahmen zur Eingrenzung des Pandemiegeschehens hatten in den ersten beiden Jahren der Pandemie tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Thüringen. Phasenweise waren das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben durch die Maßnahmen stark eingeschränkt, ebenso viele persönliche Freiheitsrechte. Dass diese für eine Demokratie außergewöhnlichen Maßnahmen nicht unumstritten waren, zeigen unter anderem die politischen Proteste der Anti-Corona¹ oder „Querdenken“-Bewegung (Frei/Schäfer/Nachtwey 2021; Grande et al. 2021; Nachtwey/Schäfer/Frei 2020). Zudem weisen zahlreiche Studien darauf hin, dass dies zu Veränderungen der politischen Einstellungen der Bürger*innen führte (Florack/Schwanholz/Korte 2021; Reiser et al. 2021b, 2021a; Zick/Küpper 2021). Vor diesem Hintergrund fragt dieser Beitrag, welchen Einfluss die COVID-19-Pandemie auf die politische Kultur Thüringens hatte und legt dabei einen Fokus auf zwei Aspekte, welche die politische Kulturforschung als essenziell für demokratische Systeme betrachtet: die Unterstützung, die System und politische Akteure in der Gesellschaft erfahren, sowie die Bereitschaft der Bürger*innen, auch in Krisenzeiten politisch zu partizipieren (Almond/Verba 1963; Easton 1975). Daher wird die Unterstützung für demokratische Werte und Institutionen sowie die Entwicklung politischer Teilhabe im Verlauf der Corona-Krise hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Demokratie in Thüringen untersucht. Die Analyse basiert dabei auf zwei repräsentativen Befragungen der Thüringer Bevölkerung, die im Rahmen der THÜRINGEN-MONITORE

1 Mit dem Begriff ‚Anti-Corona-Bewegung‘ werden die vielfältigen Proteste bezeichnet, die sich im Verlauf der Corona-Pandemie gebildet haben, um gegen die pandemiebekämpfenden Maßnahmen der Politik zu protestieren.



2020 und 2021 durchgeführt wurden (Reiser et al. 2021a, 2021b). Mit diesem Fokus auf die demokratischen Einstellungen und die Partizipationsbereitschaft der Thüringer Bürger*innen kann der Beitrag wichtige Grundlagen für die Analysen zu ‚Corona in der Stadt‘ und den Auswirkungen der Corona-Pandemie für die kommunale Demokratiearbeit in diesem Band legen.

Im Folgenden soll nach einer theoretischen Erörterung der Bedeutung politischer Unterstützung und Partizipation für demokratische Systeme anhand der Daten des THÜRINGEN-MONITORS eruiert werden, ob die Thüringer*innen die gesundheitspolitische Krise auch als eine *Krise der Demokratie* wahrnehmen, wie es etwa Vertreter*innen der „Querdenken“-Bewegung tun, wenn sie die Corona-Maßnahmen als Teil einer „Corona-Diktatur“ bezeichnen (Jansen 2021).

Politische Unterstützung und Partizipation und ihre Bedeutung für Demokratien

Die politische Unterstützung der Demokratie durch die Bürger*innen einer Gesellschaft sowie ihre Bereitschaft zu politischer Teilhabe sind zentrale Voraussetzungen und Bedingungen für die Demokratie (Dahl 1971). Sie stehen daher im Zentrum der politischen Kulturforschung, deren Ziel es ist, Ursachen für Stabilität und Performanz demokratischer Herrschaft in den Orientierungen der Bürger*innen festzustellen (Almond/Verba 1963; Easton 1965, 1975; Lipset 1960). In den Mittelpunkt der politischen Kulturforschung wurde die politische Unterstützung insbesondere durch die theoretisch-konzeptionellen Arbeiten David Eastons (1965, 1975, 1976) gestellt. Ihm zufolge können die Institutionen eines politischen Systems nur dann funktionieren, wenn sie ausreichende Unterstützung durch die Gesellschaft erfahren. Easton definiert Unterstützung als „die Art und Weise, in der sich eine Person durch ihre Einstellungen oder ihr Verhalten evaluativ an einem Objekt orientiert“ (1975: 436; Übers. d. A.). Dabei differenziert er das Konzept in spezifische Unterstützung einerseits, welche die leistungsbezogene Bewertung politischer Akteure und Institutionen beschreibt, und in diffuse Unterstützung andererseits, welche sich leistungsunabhängig auf die grundlegenden Institutionen des politischen Systems bezieht (Tausendpfund 2018: 29). Spezifische Unterstützung stellt damit eine volatilere Art der Unterstützung dar, während die diffuse Unterstützung demokratischer Institutionen und des Gesamtregimes als ausschlaggebender für die Stabilität der Demokratie betrachtet wird (Easton 1975: 437; Norris 2011: 22). Darüber hinaus unterscheidet Easton in unterschiedliche Formen politischer Unterstützung. Objektbezogene² unterstützende Einstellungen beschreibt Easton

2 Als Unterstützungsobjekte betrachtet Easton (1976: 436f.) die politischen Autoritäten (z. B. Akteure und Institutionen), das politische Regime (die dem System zugrundelie-



(1976: 438) als latente Unterstützung, welche der manifesten Unterstützung, in Form von Verhalten (siehe unten), zugrunde liege. Diesbezügliche empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass zwischen den Unterstützungsformen Zusammenhänge bestehen, jedoch politische Einstellungen und Verhalten häufig nicht konsistent zueinander sind und demnach nicht zweifelsfrei von einer Form der Unterstützung auf die andere geschlossen werden kann. So führen etwa hohe Demokratieunterstützung und Politikinteresse nicht automatisch zur Teilnahme an der nächsten Wahl, da es weitere Faktoren und Motivationen gibt, die Einfluss auf die Wahlteilnahme haben (Norris 2011: 36f., 75).

Als Teil der manifesten Unterstützung³ kann die politische Partizipation betrachtet werden. Einer in der Politikwissenschaft geläufigen Auffassung nach, wird politische Partizipation definiert als jede Handlung, die Bürger*innen freiwillig mit der Absicht vornehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen (Steinbrecher 2009; van Deth 2014; Woyke 2021). Um die Vielzahl an potentiellen partizipativen Handlungen systematisch zu erfassen, werden die Formen auf Basis theoretischer und empirischer Strukturierungen u. a. danach unterschieden, ob sie verfasst oder nicht-verfasst, legal oder illegal, legitim oder illegitim sowie konventionell oder unkonventionell sind. Die Partizipationsforschung hält ein grundlegendes Maß an politischer Partizipation für zwingend notwendig, da demokratische Selbstbestimmung nicht ohne Beteiligung der Bürger*innen zu realisieren ist (van Deth 2003: 167f.). Eine allgemeine Aussage darüber, ob steigende Partizipation ein Indiz für Systemunterstützung oder -kritik ist, kann jedoch nur schwerlich getroffen werden, da sie stets vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen und politischen Kontextes, in dem sie stattfindet, betrachtet werden sollte (siehe Steinbrecher 2009: 31–33).

Eine besondere Relevanz erfährt das Ausmaß politischer Unterstützung in Zeiten politischer Krisen. Krisen haben häufig einen Effekt auf die politische Kultur, wobei ein Spannungsfeld zwischen unterstützungssteigernden und unterstützungsmindernden Prozessen existiert. Eine häufig nachgewiesene Entwicklung wird durch den sogenannten „Rally Around the Flag“-Effekt (kurz: „Rally“-Effekt) beschrieben. Demzufolge rückt die Gesellschaft in Zeiten plötzlich auftretender Krisen zusammen und die Unterstützung für die Regierung wächst, selbst nach drastischen politischen Maßnahmen, zeitlich begrenzt an (Baker/Oneal 2001; Johansson/Hopmann/Shehata 2021; Mueller 1970). Der Effekt wurde in der Vergangenheit insbesondere für den Fall der Vereinigten

genden Strukturen und Prozesse) sowie die politische Gemeinschaft (z. B. Bürger*innen in einem Nationalstaat).

3 Jedoch nicht umfassend. Etwa stellt aus Eastons (1976: 438) Sicht das Zahlen von Steuern eine systemunterstützende Handlung dar, während dies gemeinhin nicht als Teil politischer Partizipation betrachtet wird, da hierdurch kein Einfluss auf politische Entscheidungen genommen wird.



Staaten infolge von Terroranschlägen oder militärischen Auseinandersetzungen festgestellt (siehe Gaines 2002; Hetherington/Nelson 2003). Doch auch für den Beginn der Corona-Pandemie deuten quantitative Daten auf einen dementsprechenden Effekt in mehreren Staaten hin, etwa in Deutschland (Dietz et al. 2021), Schweden (Esaiasson et al. 2021), Kanada (Merkley et al. 2020) oder Österreich (Kritzinger et al. 2021). Als erklärende Faktoren werden Angst vor dem Corona-Virus und ökonomische Unsicherheit genannt, welche dazu führen, dass Menschen Halt in den existierenden politischen Institutionen und Autoritäten suchen und eher gewillt sind, ihnen zu vertrauen (Dietz et al. 2021). Die kognitive Leistungsbeurteilung politischer Maßnahmen trete in solchen Phasen vielfach hinter emotionale Motivationen zurück (Schraff 2021: 1015).

Der „Rally“-Effekt ist jedoch keine zwangsläufige Reaktion auf Krisen wie die Corona-Pandemie. Nicht in allen Demokratien ist die Unterstützung für die Regierung infolge des Ausbruchs der Corona-Pandemie gestiegen (Kritzinger et al. 2021: 1208). So zeigen etwa Untersuchungen aus den Vereinigten Staaten oder Polen, dass gesellschaftliche Polarisierung den „Rally“-Effekt überdecken kann und negative Beurteilungen politischer Maßnahmen sowie sinkende Unterstützung der Regierung zur Folge hatte (Altiparmakis et al. 2021; Gadarian/Goodman/Pepinsky 2021; Shino/Binder 2020). Relevant ist darüber hinaus besonders die Gefahrenwahrnehmung befragter Personen. Wird die Gefahr, die vom Corona-Virus ausgeht, von dem*der Einzelnen als gering oder gar erfunden eingeschätzt, ist der Entzug der politischen Unterstützung die logische Reaktion auf drastische Maßnahmen (Kritzinger et al. 2021: 1224). Insbesondere bei Anhänger*innen von Corona-Verschwörungserzählungen werden die Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte als illegitim erachtet und resultieren in wachsendem Widerstand gegen die Politik (Zick/Küppers 2021: 17f.; siehe zu Covid-19 Verschwörungen und Demokratie auch Reiser/Küppers 2022).

Ausgehend von diesen Prämissen sowie Erkenntnissen aus anderen Ländern (siehe Kritzinger et al. 2021: 1208) ist für die Bevölkerung Thüringens das Auftreten eines temporären „Rally“-Effekts im ersten Pandemiejahr zu erwarten, der sich in steigender latenter Systemunterstützung ausdrücken sollte. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, wie die Einschränkungen von Versammlungen, zu einer Abnahme der Partizipation geführt haben. Für 2021 ist in Anlehnung an den „Rally“-Effekt eine Normalisierung dieser Werte in Richtung des Vor-Corona-Niveaus zu erwarten.

Diese Entwicklung sollte sich jedoch nicht auf die Bevölkerungsgruppen ausweiten, die die Gefahr durch das Corona-Virus als gering wahrnehmen oder leugnen. Es wird vermutet, dass aufgrund ihrer spezifischen Wahrnehmung der Corona-Pandemie und der Einschränkung grundlegender Freiheitsrechte eine systematisch niedrigere Unterstützung der politischen Akteure und Institutionen vorliegt und gleichzeitig ein potentiell wachsender Widerstand, also eine steigende kritische Partizipation, zu beobachten ist.



Methodik der Befragung

Die Analyse basiert auf zwei repräsentativen Befragungen (Reiser et al. 2021b, 2021a; Schmitt/Best/Reiser 2022), die zwischen dem 3. September und dem 5. Oktober 2020 sowie vom 3. Juni bis zum 4. Juli 2021 durchgeführt wurden. Die beiden Befragungswellen sind Teil des THÜRINGEN-MONITORS, welcher seit 2000 jährlich im Auftrag des Freistaates Thüringen die politische Kultur im Bundesland untersucht. Vorab sollte angemerkt werden, dass die beiden hier behandelten Erhebungswellen jeweils in einem Zeitraum verhältnismäßig geringer Corona-Inzidenzen und Maßnahmen in Thüringen stattfanden und somit potentiell kritischere Einstellungen in den jeweiligen Corona-Hochphasen, etwa im Winter und Frühjahr 2021, nicht erfasst wurden.

Die Umfragen wurden per Telefoninterviews (CATI) mit in Thüringen wohnenden Personen durchgeführt, die mindestens 18 Jahre alt und zur Bundestagswahl wahlberechtigt waren. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern für die Interviews erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wird. Die Auswahl der zu befragenden Person erfolgt in Mehrpersonenhaushalten per „Last-Birthday-Methode“. Die Stichprobe umfasste 2020 1.110 und 2021 1.100 Personen. Für die Auswertung werden die Befragungsdaten nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (Reiser et al. 2021a: 130ff.).

Operationalisierung

Zur Untersuchung der politischen Unterstützung der Thüringer*innen werden in Anlehnung an Easton (1976: 436f.) die folgenden Dimensionen erfasst: Die Abfrage der Demokratieunterstützung⁴ zielt auf die diffuse Unterstützung der Idee der Demokratie ab, während die Demokratiezufriedenheit⁵ die spezifische Unterstützung für das demokratische Regime in Deutschland misst. Die spezifische Unterstützung für politische Autoritäten⁶ wird über die Abfrage des Vertrauens in politische Institutionen gemessen (Reiser et al. 2021a: 24ff.).

4 Erfragt über die Zustimmung zur Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“.

5 „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?“

6 „Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr [...] vertrauen. Wie ist das mit...?“



Zur Analyse der politischen Partizipation wurden die Bürger*innen zu ihrer Partizipationspraxis und ihrer generellen Partizipationsbereitschaft befragt. Auf Basis des instrumentellen Verständnisses von politischer Beteiligung (Kaase 1997: 160) wurden folgende Beteiligungsformen abgefragt: die Mitarbeit in einer Partei, die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, der Kontakt mit einem*iner Politiker*in, die Beteiligung an einer Bürgerinitiative, die Teilnahme an einer genehmigten sowie an einer nicht genehmigten Demonstration und die Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele. 2021 wurde darüber hinaus die Meinungsäußerung in sozialen Medien abgefragt. Damit sind verschiedene Dimensionen der Partizipation erfasst und neben legalen auch illegale Beteiligungsformen abgebildet. Zur Ermittlung von Partizipationspraxis und Partizipationspotential wurden die Teilnehmenden befragt, welche Handlungen sie schon einmal getan haben bzw. welche sie in Zukunft tun würden (Reiser et al. 2021a: 39).

Politische Unterstützung im Laufe der Corona-Pandemie

Die Untersuchung zeigt, dass die politische Unterstützung der Demokratie durch die Bürger*innen im Laufe der Corona-Pandemie auf einem hohen Niveau bleibt: So ist die allgemeine Unterstützung der Demokratie als bestmöglicher Staatsform in Thüringen weiterhin sehr groß. Mit 89 Prozent Zustimmung wurde im Jahr 2021 der zweithöchste je im THÜRINGEN-MONITOR gemessene Wert festgestellt (siehe hierzu auch Hebenstreit/Fürnberg/Reiser 2022). Betrachtet man daneben die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland praktiziert wird, lassen sich unter dem Eindruck der Corona-Pandemie bemerkenswerte Ergebnisse festhalten. Zum einen lag die Demokratiezufriedenheit 2020 mit 68 Prozent positiven Bewertungen fünf Prozentpunkte über dem Wert von 2019 und damit auf einem Allzeithoch (vgl. Abb. 1). Vor dem Hintergrund der Corona-Krise kann dieser Anstieg als Indiz für den „Rally“-Effekt gedeutet werden. Hierfür spricht insbesondere das deutlich gestiegene Vertrauen, das im ersten Pandemiejahr den Regierungen auf Landes- und Bundesebene entgegengebracht wurde (vgl. Abb. 2). So vertrauten 2020 44 Prozent der Befragten der Bundesregierung „voll und ganz“ oder „weitgehend“, womit dieser Wert 15 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert lag und damit den größten Zuwachs verzeichnen konnte, der je im THÜRINGEN-MONITOR gemessen wurde. Demokratiezufriedenheit und Vertrauen in handelnde Akteure sind somit im ersten Pandemiejahr in bislang nicht dagewesener Form angestiegen.

Im Gegensatz hierzu lässt sich im zweiten Pandemiejahr eine Normalisierung dieser Werte feststellen. Die Demokratiezufriedenheit sinkt 2021 auf 65 Prozent, was allerdings immer noch den zweithöchsten Wert der Zeitreihe darstellt. Ebenso verhält es sich beim Vertrauen in Landes- und Bundesregierung, welches 2021 im Vergleich zum Vorjahr um acht respektive sieben Pro-

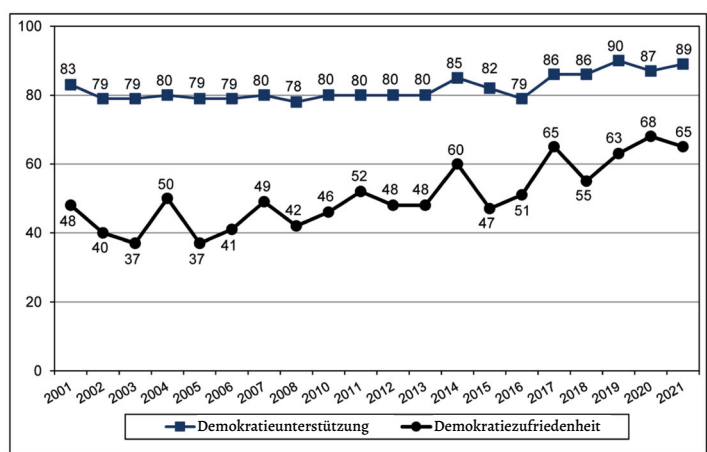


Abb. 3: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit in Thüringen 2001-2021

zentpunkte abnimmt, im zeitlichen Vergleich damit jedoch auf einem hohen Stand verbleibt. In Anlehnung an den „Rally“-Effekt lassen sich diese Daten als Gewöhnungs- oder Normalisierungseffekt in Bezug auf die Corona-Pandemie interpretieren, wie er schon für andere Länder nachgewiesen werden konnte (Dietz et al. 2021; Johansson/Hopmann/Shehata 2021). Das Zusammenrücken infolge einer neuen Bedrohung weicht zunehmend wieder einer kritischeren Betrachtung. Auch die gesunkene Wahrnehmung der gesundheitlichen Gefahr, die vom Virus ausgeht, kann hierbei eine Rolle spielen (Reiser et al. 2021a: 109).

Die auch 2021 noch hohen Zufriedenheitswerte lassen sich allerdings nicht für alle Bevölkerungsgruppen feststellen. So liegt die Demokratiezufriedenheit bei Corona-skeptischen Personen⁷ 2021 bei 46 Prozent (gegenüber 72 Prozent in der Restbevölkerung) und damit noch einmal fünf Prozentpunkte unter dem Wert von 2020. Auch liegt die Ablehnung der Demokratie als Herrschaftsform bei den Corona-Skeptiker*innen mit 18 Prozent signifikant höher als in der Restbevölkerung mit 8 Prozent (Reiser et al. 2021a: 68). In dieses Bild passt auch, dass Corona-Skeptiker*innen eine höhere Diktaturaffinität aufweisen (Reiser et al. 2021a: 72). Ebenfalls ist das Institutionenvertrauen in dieser Bevölkerungsgruppe deutlich niedriger, wobei der Unterschied 2021 insbesondere in Bezug auf die Bundesregierung (54 Prozent „vertraue nicht“ vs. 21 Prozent in der Restbevölkerung) sowie das Robert Koch-Institut (37 Prozent vs. sechs Prozent) auffällig ist.⁸

7 Als Corona-skeptisch werden im THÜRINGEN-MONITOR Befragte eingestuft, welche der Aussage zustimmen, dass das Corona-Virus nicht schlimmer als eine Grippe sei. Dies waren 2020 35 Prozent der Befragten und 2021 22 Prozent (Reiser et al. 2021b: 51f.).

8 Auch im Jahr 2020 war dieser Zusammenhang zu beobachten (Küppers/Reiser 2022).

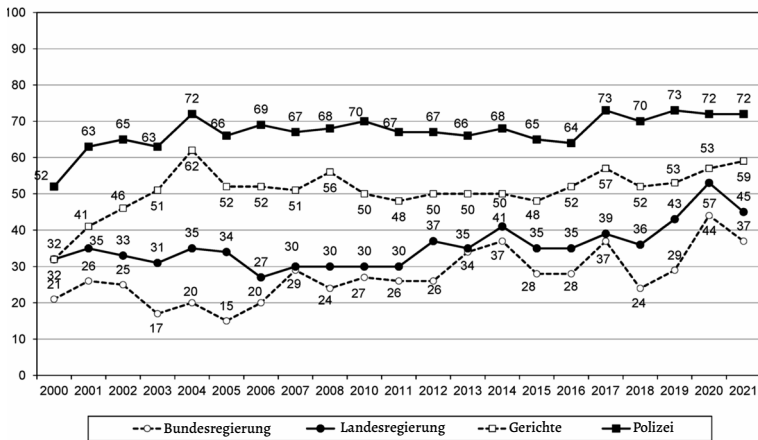


Abb. 4: Institutionenvertrauen der Thüringer*innen 2000-2021

Sowohl diffuse als auch spezifische Demokratieunterstützung fallen bei Corona-Skeptiker*innen also niedriger aus als beim Rest der Thüringer Bevölkerung.

Trotz dieser deutlich niedrigeren Demokratieunterstützung bei den Corona-Skeptiker*innen und trotz der im Zuge der Corona-Debatte vorgebrachten Kritiken von Entparlamentarisierung, Exekutivdominanz, Expertokratie oder Entdemokratisierung (siehe Merkel 2020; Römmele 2021), massiver Kritik am Pandemiemanagement sowie des geäußerten Vorwurfs einer „Corona-Diktatur“ (Jansen 2021) lässt sich insgesamt jedoch konstatieren, dass Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Thüringen auf einem erstaunlich hohen Niveau verbleiben (Reiser et al. 2021a: 26).

Partizipation in Thüringen während der Corona-Pandemie

Partizipation ist für die Thüringer*innen auch während der Corona-Pandemie ein sehr wichtiges Merkmal der Demokratie. So nannte ein Drittel der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2021 – und damit die relative Mehrheit – auf die offene Frage nach dem wichtigsten Demokratiemerkmal die politische Partizipation der Bürger*innen, gefolgt von Freiheit und Gleichheit. Auffällig ist hierbei ein Alterseffekt. So wird in den jüngeren Alterskohorten – insbesondere bei den unter 35-Jährigen – der Aspekt der Partizipation wesentlich häufiger als wichtigstes Merkmal identifiziert als unter den älteren Befragten, bei denen noch häufiger der Freiheitsaspekt genannt wird. Darüber hinaus wünschen sich über 65 Prozent der Befragten mehr direkte Beteiligung der Bürger*innen (Reiser et al. 2021a: 32).

Während der Partizipation an der Demokratie somit von den Thüringer*innen auch während der Corona-Pandemie eine sehr hohe Relevanz zugemessen wurde, zeigen sich im tatsächlichen Verhalten jedoch deutliche

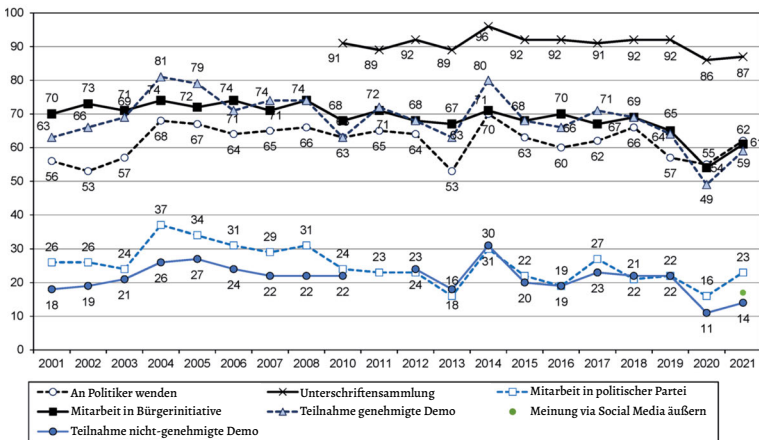


Abb. 5: Partizipation der Thüringer*innen 2001-2021. Partizipationspotential und -praxis addiert

Effekte: 2020 ging die Beteiligung bzw. die Bereitschaft zur Beteiligung in allen Partizipationsformen gegenüber 2019 im Durchschnitt um neun Prozentpunkte zurück. In vier der fünf legalen Formen war dies der niedrigste Wert in der Zeitreihe des THÜRINGEN-MONITORS (vgl. Abb. 3). Vor dem Hintergrund von Versammlungsverboten, Ansteckungsrisiken sowie dem schwer einhaltbaren Mindestabstandsgebot kann vermutet werden, dass sich ein Teil des Rückgangs der Partizipationsbereitschaft als unmittelbare Folge der Corona-Pandemie erweist. Unter Zuhilfenahme vertiefender statistischer Analysen kann diese Annahme zumindest vorsichtig empirisch belegt werden: So waren Personen, welche die Gefahr durch das Corona-Virus für ihre eigene Gesundheit als „groß“ oder „sehr groß“ bewerteten, im Vergleich seltener dazu bereit, sich politisch zu beteiligen (Reiser et al. 2021b: 66). So konnten sich etwa 43 Prozent derer, die 2020 zu dieser Gruppe gehörten, nicht vorstellen an einer genehmigten Demonstration teilzunehmen, während es bei den übrigen Befragten 39 Prozent waren. Dieses Ergebnis ist auch im zweiten Pandemiejahr zu beobachten. Dort liegt die Partizipationsbereitschaft bei jenen, die angesichts der gesundheitlichen Risiken besorgt sind, in acht von neun untersuchten Partizipationsformen unter dem Wert der Vergleichsgruppe. Am eindrücklichsten wird dies bei der Einstellung zu Corona-Protesten, an denen nur 3 Prozent derjenigen, die Corona als gesundheitliche Gefahr sehen, teilnehmen würden, während es bei der Vergleichsgruppe 10 Prozent sind.

Eine Besonderheit bei der Analyse des Partizipationspotentials stellen erneut Corona-skeptische Befragte dar. Neben der niedrigeren Demokratieunterstützung verfügen Corona-Skeptiker*innen über ein zum Teil deutlich höheres illegales Partizipationspotential. So war die Bereitschaft zur Gewaltanwendung, um politische Ziele zu erreichen, unter Corona-Skeptiker*innen 2021 mehr als



doppelt so hoch (6 Prozent) wie in der nicht skeptischen Referenzgruppe (knapp 3 Prozent). Allerdings fiel der Wert der Corona-Skeptiker*innen im Jahr 2020 mit 13 Prozent noch deutlich höher aus (Reiser et al. 2021b: 69). Insgesamt fiel die Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung zwischen 2020 und 2021 von sieben auf vier Prozent. Auch im Falle der Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen weisen Corona-Skeptiker*innen ein um 7 Prozentpunkte höheres Partizipationspotential gegenüber der Restbevölkerung auf. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass sich – anders als im oben geschilderten generellen Trend – unter Corona-skeptischen Befragten im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung der Teilnahmebereitschaft an nicht genehmigten Demonstrationen um knapp fünf Prozentpunkte auf nunmehr 18 Prozent feststellen lässt. Dieselben Beobachtungen lassen sich darüber hinaus auch für die Aussage „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“ tätigen. Mit einer Befürwortung von 61 Prozent treten im Falle von Corona-Skeptiker*innen doppelt so hohe Zustimmungswerte wie unter nicht Corona-skeptischen Befragten (29 Prozent) zu Tage. Diese Befunde spiegeln sich in Teilen letztlich auch in den zahlreichen Protesten gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wider und entsprechen zudem den Erkenntnissen aus der Literatur zu Verschwörungserzählungen, die in der Anti-Corona-Bewegung eine zentrale Rolle spielten (Reiser et al. 2021a: 41f.; Imhoff/Dieterle/Lamberty 2021). Die allgemeine Feststellung sinkender Partizipationsbereitschaft im ersten Jahr der Corona-Pandemie muss in Bezug auf Corona-skeptische Personen also differenziert betrachtet werden.

Der allgemein deutliche Rückgang aus dem Jahr 2020 hat sich im zweiten Jahr der Pandemie nicht bestätigt und die Partizipationsbereitschaft ist durchschnittlich um sechs Prozentpunkte in Richtung des Niveaus von 2019 gestiegen (Reiser et al. 2021a: 68). Einerseits sind durch den Wegfall vieler Corona-Maßnahmen viele Partizipationsformen wieder häufiger möglich geworden, wie etwa Demonstrationen und Versammlungen. Andererseits kann vermutet werden, dass durch eine Gewöhnung an die Pandemie, die begonnene Impfkampagne sowie niedrige Fallzahlen im Erhebungszeitraum im Sommer 2021 die Angst vor einer Covid-19-Infektion weniger Einfluss auf die Aussagen zur Partizipationsbereitschaft hatte.

Wie Abbildung 4 zeigt, ist die Teilnahme an Unterschriftensammlungen die beliebteste unter den abgefragten Partizipationsformen. Mehr als die Hälfte der Befragten können sich vorstellen oder haben bereits Politiker*innen kontaktiert oder an einer Bürgerinitiative oder genehmigten Demonstration teilgenommen. Die Mitarbeit in einer Partei, die Meinungsäußerung auf Online-Plattformen sowie die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration werden hingegen nur von einer kleinen Minderheit als potentielle Beteiligungsmöglichkeit wahrgenommen. Die nur geringe Nutzung digitaler Partizipationsmöglichkeiten stellt vor dem Hintergrund beschränkter Alternativen während der Corona-Pandemie eine Überraschung dar. Mit 18

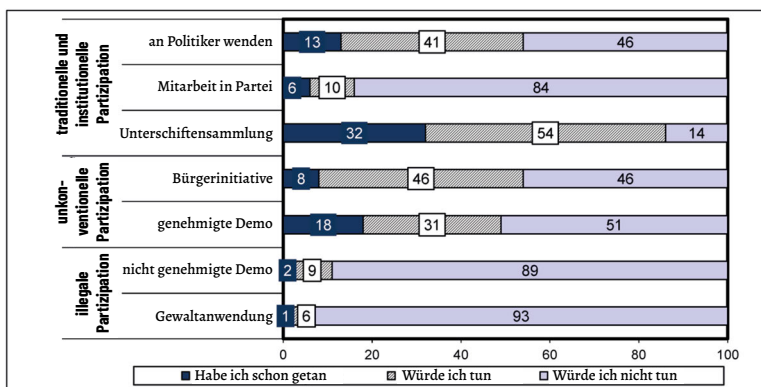


Abb. 6: Partizipationspotential und -praxis in Thüringen 2021

Prozent Partizipationspotential stellt die Online-Partizipation durch Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken die unbeliebteste hier untersuchte legale Beteiligungsform dar. Auch wenn in der Analyse ein deutlicher Alterseffekt zu erkennen ist, kann sich selbst unter den unter 35-Jährigen nur eine Minderheit vorstellen, auf diese Weise online zu partizipieren (Reiser et al. 2021a: 111). Eine durch die Corona-Pandemie ausgelöste Verschiebung politischer Teilhabe in den digitalen Raum hat demnach nicht stattgefunden.

Fazit

Aus den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS aus den Jahren 2020 und 2021 geht ein temporärer Effekt der Corona-Pandemie auf die politische Kultur im Freistaat hervor. Deutlich wird im ersten Corona-Jahr 2020 ein regelrechter Corona-Schock. Hier führten die gesundheitlichen Sorgen gepaart mit den politischen Aufforderungen, das Sozialleben signifikant einzuschränken, zu einem starken Rückgang in der Partizipationsbereitschaft: Wer zuhause bleibt und soziale Kontakte vermeidet, kann nur bedingt politisch partizipieren. Besonders ausgeprägt war die niedrige Partizipationsbereitschaft bei Personen, die im Virus eine große Gefahr für ihre Gesundheit sehen. Dies ging einher mit einem im Untersuchungszeitraum nie dagewesenen Anstieg der Zufriedenheit mit dem politischen System und des Vertrauens in die politischen Verantwortlichen – einem Indiz für den „Rally Around the Flag“-Effekt. Die Ausnahmesituation des ersten Pandemiejahres hat die Thüringer*innen – zumindest temporär – zu passiveren Bürger*innen gemacht, jedoch gleichzeitig ihre Unterstützung für das System erhöht. Durchaus ins Bild passt hierbei, dass Corona-skeptische Personen diesbezüglich aus der Reihe fallen. Ihre Partizipationsbereitschaft stieg – besonders bei illegalen Formen – über die der Restbevölkerung an, während die Zufriedenheit mit der Corona-Politik und den



politisch Handelnden abgenommen hat. Statt politischer Unterstützung gibt es von dieser Gruppe wachsenden Widerstand gegen die Politik. Eine Ursache für den ausbleibenden „Rally“-Effekt findet sich in der abweichenden Wahrnehmung der Krise durch Corona-Skeptiker*innen, welche die hauptsächliche Gefahr für die Gesellschaft nicht im Virus selbst, sondern in den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen sehen. Gleiches lässt sich im Übrigen für Anhänger*innen von Corona-Verschwörungserzählungen feststellen (Reiser et al. 2021a: 57).

Auf diese Entwicklungen infolge des „Rally“-Effekts folgte im zweiten Pandemiejahr eine Normalisierung in Richtung der Ausgangswerte von 2019. Die Normalisierung der Partizipationswerte im zweiten Pandemiejahr deutet darauf hin, dass eine nachhaltige Veränderung der politischen Partizipation nicht zu erwarten ist. Hierfür sprechen auch die hohe Bedeutung politischer Partizipation als Teil einer lebhaften Demokratie, insbesondere unter jungen Menschen, sowie die geringe Bereitschaft auf digitale Beteiligungsformen auszuweichen. Einzig für die Corona-Skeptiker*innen ist kein Gewöhnungseffekt festzustellen, da unter ihnen illegale Partizipationsbereitschaft und Demokratieunzufriedenheit 2021 nochmals gestiegen sind.

Festzuhalten bleibt jedoch, dass die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die politischen Verantwortlichen trotz der im Zuge der Corona-Debatte deutlich gestiegenen Kritik am Pandemiemanagement und dem von der Anti-Corona-Bewegung geäußerten Narrativ einer „Corona-Diktatur“ auf einem vergleichsweise hohen Niveau verbleiben (Reiser et al. 2021a: 109). Eine allgemeine Demokratie- oder Vertrauenskrise als Folge der Corona-Pandemie ist auf Grundlage der Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS also nicht zu erkennen. Inwiefern diese für Thüringen prinzipiell positive Entwicklung während der Corona-Pandemie auch auf Ebene der kommunalen Demokratiearbeit sichtbar geworden ist, werden die vielfältigen Analysen in diesem Band zeigen. Angesichts der großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, vor denen Politik und Gesellschaft insbesondere seit Beginn des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen Energie- und Wirtschaftskrise stehen, sollte vor zu positiven Prognosen bezüglich der weiteren Entwicklung in jedem Fall Vorsicht gewahrt werden.

Literatur

- Almond, Gabriel Abraham / Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. New York: SAGE.
- Altiparmakis, Argyrios / Bojar, Abel / Brouard, Sylvain / Foucault, Martial / Kriesi, Hanspeter / Nadeau, Richard (2021): *Pandemic politics: policy evaluations of government responses to COVID-19*. In: *West European Politics* 44/5–6, 1159–1179.



- Baker, William D. / Oneal, John R. (2001): Patriotism or Opinion Leadership?: The Nature and Origins of the „Rally ‘Round the Flag“ Effect. In: *The Journal of Conflict Resolution* 45/5, 661–687.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy: Participation and Opposition*. Illustrated Edition. New Haven: Yale University Press.
- Dietz, Melanie / Roßteutscher, Sigrid / Scherer, Philipp / Stövsand, Lars-Christopher (2021): Rally Effect in the Covid-19 Pandemic: The Role of Affectedness, Fear, and Partisanship. In: *German Politics* 0/0, 1–21.
- Easton, David (1965): *A Framework for Political Analysis*. Hoboken: Prentice Hall.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5/4, 435–457.
- Easton, David (1976): Theoretical Approaches to Political Support. In: *Canadian Journal of Political Science* 9/3, 431–448.
- Esaiasson, Peter / Sohlberg, Jacob / Ghersetti, Marina / Johansson, Bengt (2021): How the Coronavirus Crisis Affects Citizen Trust in Institutions and in Unknown Others: Evidence from "the Swedish Experiment". In: *European Journal of Political Research* 60/3, 748–760.
- Florack, Martin / Schwanholz, Julia / Korte, Karl-Rudolf (2021): *Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Frei, Nadine / Schäfer, Robert / Nachtwey, Oliver (2021): Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen: Eine soziologische Annäherung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34/2, 249–258.
- Gadarian, Shana Kushner / Goodman, Sara Wallace / Pepinsky, Thomas B. (2021): Partisanship, health behavior, and policy attitudes in the early stages of the COVID-19 pandemic. In: *PLOS ONE* 16/4.
- Gaines, Brian (2002): Where's the Rally? Approval and Trust of the President, Cabinet, Congress, and Government Since September 11. In: *Political Science and Politics* 35, 531–536.
- Grande, Edgar / Hutter, Swen / Hunger, Sophia / Kanol, Eylem (2021): *Alles Coviديوten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland (Discussion Paper)*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Hebenstreit, Jörg / Föhnberg, Ossi / Reiser, Marion (2022): Einstellungen zur Demokratie in Thüringen: Analysen zu Stabilität und Wandel aus der Langzeitperspektive des THÜRINGEN-MONITORS. In: Beilmann, Andreas / Michelsen, Danny (Hg.), *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration*. Wiesbaden: Springer, 59–80.
- Hetherington, Marc J. / Nelson, Michael (2003): Anatomy of a Rally Effect: George W. Bush and the War on Terrorism. In: *Political Science & Politics* 36, 37–42.
- Imhoff, Roland / Dieterle, Lea / Lamberty, Pia (2021): Resolving the Puzzle of Conspiracy Worldview and Political Activism: Belief in Secret Plots Decreases Normative but Increases Nonnormative Political Engagement. In: *Social Psychological and Personality Science* 12/1, 71–79.



- Jansen, Frank (2021): Thüringen für bundesweite Beobachtung der Querdenker durch Verfassungsschutz.: *Der Tagesspiegel Online*, 25.3.2021.
- Johansson, Bengt / Hopmann, David Nicolas / Shehata, Adam (2021): When the rally-around-the-flag effect disappears, or: when the COVID-19 pandemic becomes “normalized“. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 31/sup1, 321–334.
- Kaase, Max (1997): Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlösser, Dirk / Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), *Vergleichende Politikwissenschaft: Ein einführendes Studienhandbuch, Uni-Taschenbücher*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 159–174.
- Kritzinger, Sylvia / Foucault, Martial / Lachat, Romain / Partheymüller, Julia / Plescia, Carolina / Brouard, Sylvain (2021): ‘Rally round the flag’: the COVID-19 crisis and trust in the national government. In: *West European Politics* 44/5–6, 1205–1231.
- Küppers, Anne / Reiser, Marion (2022): Ideological Extremism or Far-Right Attitudes? The Role of Ideology for COVID-19 Scepticism. In: *Representation*, 1–19.
- Lipset, Seymour Martin (1960): *Political Man: The Social Bases of Politics*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Merkel, Wolfgang (2020): Wer regiert in der Krise? Demokratie in Zeiten der Pandemie. In: *WSI-Mitteilungen* 73/6, 445–453.
- Merkley, Eric / Bridgman, Angus / Loewen, Peter John / Owen, Taylor / Ruths, Derek / Zhilin, Oleg (2020): A Rare Moment of Cross-Partisan Consensus: Elite and Public Response to the COVID-19 Pandemic in Canada. In: *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique* 53/2, 311–318.
- Mueller, John E. (1970): Presidential Popularity from Truman to Johnson. In: *The American Political Science Review* 64/1, 18–34.
- Nachtwey, Oliver / Schäfer, Robert / Frei, Nadine (2020): *Politische Soziologie der Corona-Proteste*.
- Norris, Pippa (2011): *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. New York: Cambridge University Press.
- Reiser, Marion / Küppers, Anne (2022): Covid-19 Conspiracy Belief and Conceptualizations of Democracy (preprint). PsyArXiv.
- Reiser, Marion / Küppers, Anne / Hebenstreit, Jörg / Salheiser, Axel / Vogel, Lars (2021a): *Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2021*. Jena: KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Reiser, Marion / Küppers, Anne / Hebenstreit, Jörg / Salheiser, Axel / Vogel, Lars (2021b): *Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020*. Jena: KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Römmle, Andrea (2021): Entdemokratisierung: Corona als Gefahr für die Grundpfeiler unseres Systems? In: Florack, Martin / Schwanholz, Julia / Korte, Karl-Rudolf (Hg.), *Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt: Campus Verlag, 167–174.
- Schmitt, Karl / Best, Heinrich / Reiser, Marion (2022): *THÜRINGEN-MONITOR 2000-2021*.



- Schraff, Dominik (2021): Political Trust During the Covid-19 Pandemic: Rally Around the Flag or Lockdown Effects? In: *European Journal of Political Research* 60/4, 1007–1017.
- Shino, Enrijeta / Binder, Michael (2020): Defying the Rally During COVID-19 Pandemic: A Regression Discontinuity Approach. In: *Social Science Quarterly* 101/5, 1979–1994.
- Steinbrecher, Markus (2009): *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden Baden: Nomos
- Tausendpfund, Markus (2018): Zufriedenheit mit der Demokratie: ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 60, 29–35.
- van Deth, Jan W. (2014): A conceptual map of political participation. In: *Acta Politica* 49/3, 349–367.
- van Deth, Jan W. (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Bergschlosser, Dirk / Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), *Vergleichende Politikwissenschaft: Ein einführendes Studienhandbuch, Uni-Taschenbücher / Probleme der Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 167–187.
- Woyke, Wichard (2021): Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe / Bogumil, Jörg / Marschall, Stefan / Woyke, Wichard (Hg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Springer, 749–754.
- Zick, Andreas / Küpper, Beate (2021): *Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.

